

Geschäftsverteilungsplan des Bundesarbeitsgerichts
für das Jahr 1956

I. Dem Ersten Senat sind zugewiesen:

- 1.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 ArbGG,
- 2.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 3 ArbGG,
- 3.) die Verfahren nach § 2 Abs. 1 Nr. 4 ArbGG,
- 4.) die Verfahren nach § 2 Abs. 1 Nr. 5 ArbGG,
- 5.) die Revisionsbeschwerden nach § 77 ArbGG,
- 6.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 3 Abs. 1 ArbGG, die mit den Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 ArbGG in rechtlichem oder unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang stehen,
- 7.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und § 3 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 2 ArbGG, bei denen es sich im Verfahren bei dem Bundesarbeitsgericht um folgende Rechtsgebiete handelt:
 - a) Verfassungsrecht
 - b) Vereinigungsfreiheit
 - c) allgemeines Tarifrecht
 - d) Arbeitskampf
 - e) Betriebsverfassungsrecht einschließlich des Personalvertretungsrechts,
- 8.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und § 3 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 2 ArbGG in der privaten Wirtschaft, die folgende Rechtsgebiete betreffen:
 - a) Urlaubsrecht
 - b) Recht der Feiertage und der Feiertagsentlohnung
 - c) Mutterschutzrecht
 - d) Ruhegeld,
- 9.) die Weiterleitung der Vorlagen der Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte an das Bundesverfassungsgericht nach den §§ 80, 84, 86 Abs. 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht,

10.) alle Rechtsstreitigkeiten und Entscheidungen, die weder dem Zweiten noch dem Dritten Senat zugewiesen sind.

II. Dem Zweiten Senat sind, soweit nicht nach I Ziffer 7 und 8 der Erste Senat oder nach III der Dritte Senat zuständig ist, zugewiesen:

- 1.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 ArbGG,
- 2.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 3 ArbGG, die mit den nach II Ziffer 1 dem Zweiten Senat zugewiesenen Rechtsstreitigkeiten in rechtlichem oder unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang stehen,
- 3.) die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 3 Abs. 2 ArbGG.

III. Dem Dritten Senat sind, soweit nicht nach I Ziffer 7 der Erste Senat zuständig ist, zugewiesen die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 und nach § 3 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 2 ArbGG:

- 1.) an denen Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände oder andere Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts beteiligt sind,
- 2.) aus dem Regelungsgesetz zu Art. 131 des Grundgesetzes, auch soweit sie nicht unter III Ziffer 1 fallen,
- 3.) aus den Tarifordnungen, Tarifverträgen oder dem statistischen Recht für den öffentlichen Dienst, auch wenn sie nicht unter III Ziffer 1 fallen.

IV. Schlußbestimmungen

- 1.) Erachtet der Vorsitzende des 1. Senats in einem der in I Ziffer 7 und 8 bezeichneten Rechtsstreitigkeiten die die Zuständigkeit des Ersten Senats begründenden Rechtsfragen für untergeordnet, so kann er die Sache

an den zuständigen Senat mit Zustimmung des Vorsitzenden dieses Senats abgeben. Ist der Vorsitzende des Zweiten Senats oder der Vorsitzende des Dritten Senats der Ansicht, daß eine bei seinem Senat anhängige Rechtsstreitigkeit überwiegend Rechtsfragen betrifft, die nach I Ziffer 7 und 8 zur Zuständigkeit des Ersten Senats gehören, so kann er die Sache an den Ersten Senat mit Zustimmung des Vorsitzenden des Ersten Senats abgeben.

- 2.) Kommt eine Übereinstimmung der Vorsitzenden der Senate nach IV Ziffer 1 nicht zustande, so gilt folgendes:

Erachtet ein Senat vor der mündlichen Verhandlung einer bei ihm anhängig gemachten Sache einstimmig, daß sie nach der Art des anzuwendenden Rechts vor den anderen Senat gehört, so ist sie dorthin abzugeben, falls nicht die Abgabe aus besonderen Gründen unzweckmäßig erscheint. Der Abgabebeschluß ist für den Senat, an den die Sache verwiesen ist, bindend. Nach Anberaumung des Termins zur mündlichen Verhandlung ist eine Abgabe ausgeschlossen.

- 3.) Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreites entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern der andere Senat zuständig ist, so kann, wenn das aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgeben werden.

- 4.) Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Senat ein Urteil erlassen hat und die nochmals, wenn auch wegen eines anderen Teiles desselben Anspruchs, sei es in dem bisherigen, sei es in einem neuen Rechtsstreit, an das Bundesarbeitsgericht gelangen, gehören vor jenen Senat, selbst wenn inzwischen eine Änderung der Geschäftsverteilung Platz gegriffen hat. Dies gilt nicht für diejenigen Rechtsstreitigkeiten, die mit Wirkung vom 1. Januar 1956 an Stelle des bisher zuständigen Zweiten Senats nunmehr dem Dritten Senat zugewiesen sind. Die

Sache kann jedoch dem nach dem Geschäftsverteilungsplan an sich zuständigen Senat mit dessen Zustimmung zugewiesen werden, wenn besondere Gründe hierfür sprechen. Nach der Anberaumung des Termins zur mündlichen Verhandlung ist die Abgabe ausgeschlossen.

- 5.) Dieser Geschäftsverteilungsplan tritt am 1. Januar 1956 in Kraft, jedoch mit der Maßgabe, daß die bis zum 31. Dezember 1955 bei dem Bundesarbeitsgericht eingegangenen Rechtsstreitigkeiten, in denen noch kein Termin anberaumt ist, mit dem 1. Januar 1956 an den Senat übergehen, der nach diesem Geschäftsverteilungsplan zuständig ist.

Kassel, den 10. Dezember 1955

Das Präsidium des Bundesarbeitsgerichts

...gez. Nipperdey...
(Nipperdey)

...gez. Dr. Müller...
(Dr. Müller)

...gez. Denecke...
(Denecke)